

# Beschluss

auf der ordentlichen Landesversammlung am 17./18.10.2015 in Bad Windsheim.

---

**Gegenstand: Mit Grünen Werten in die digitale Zukunft**

1 Die Digitalisierung eröffnet neue Wege für eine Politik der  
2 Nachhaltigkeit als Summe aus ökologischem Gleichgewicht,  
3 wirtschaftlichem Wohlstand und einer aktiven Bürgergesellschaft,  
4 wie sie für Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Zentrum steht. Die Chancen  
5 der Digitalisierung zu nutzen bedeutet, den mit der  
6 Digitalisierung verbundenen Umbruch aktiv politisch zu gestalten  
7 und Gefahren für Datenschutz oder digitale Bürgerrechte  
8 abzuwehren sowie Veränderungen des Arbeitsmarktes mitzudenken.

9 **Die Infrastruktur entscheidet – Breitbandausbau ist**  
10 **Daseinsvorsorge**

11 In Zeiten des digitalen Wandels spielt eine leistungs- und  
12 zukunftsfähige Breitbandverbindung eine entscheidende Rolle für  
13 Bürger\*innen, die Unternehmen und die Verwaltung. Die  
14 Verfügbarkeit von schnellem Internet entscheidet maßgeblich  
15 darüber, ob Regionen zu den Gewinnern oder Verlierern der  
16 Digitalisierung gehören. Damit leistet der flächendeckende Zugang  
17 zu schnellem Internet einen wichtigen Beitrag zu gleichwertigen  
18 Lebensbedingungen in Stadt und Land.

19 In Bayern gibt es im EU-Vergleich großen Nachholbedarf. Jenseits  
20 der Metropolregionen haben immer noch zu wenige Haushalte die  
21 Möglichkeit, mit mindestens 50 Megabit pro Sekunde zu surfen.  
22 Noch schlechter sieht es aus, wenn es um die Grundlagen von  
23 Hochgeschwindigkeitsnetzen geht, die auch den Anforderungen von  
24 übermorgen noch gewachsen sind. Ob das derzeitige Förderprogramm  
25 ausreicht, um bis 2018 schnelles Internet nach ganz Bayern zu  
26 bringen und auch die Voraussetzung für höhere Bandbreiten als 50  
27 Megabit pro Sekunde zu schaffen, wird von uns GRÜNEN genauestens  
28 verfolgt und wir werden auf eine zukunftsfeste, skalierbare  
29 Lösung sowie eine Fortführung der Förderung über 2018 hinaus  
30 drängen. Ausbauziel muss sein, dass jeder Haushalt die  
31 Möglichkeit hat, einen Glasfaseranschluss zu nutzen. Dieser  
32 Herausforderung muss sich die Politik stellen und den  
33 Breitbandausbau konsequent vorantreiben.

34 Vectoring, also die Ertüchtigung von Kupferverbindungen, kann nur  
35 ein kurzfristiger Zwischenschritt sein. Durch den Aufbau einer  
36 leistungsfähigen, glasfaserbasierten Breitband-Infrastruktur

37 helfen wir nicht nur Unternehmen, sich im städtischen wie im  
38 ländlichen Raum zukunftsfähig aufzustellen. Der Breitbandausbau  
39 ermöglicht es auch den Menschen im Land, flexiblere  
40 Arbeitsmodelle umzusetzen. Die Vereinbarkeit von Familie und  
41 Beruf wird gestärkt, und gerade kleinere Städte und Gemeinden im  
42 ganzen Land bleiben für hochqualifizierte Fachkräfte attraktiv.  
43 Dezentrale, exzellente Gesundheitsversorgung, internetbasiertes  
44 Lernen, aber auch die Nutzung elektronischer Medien kann nur mit  
45 Hilfe von Breitbandinfrastruktur flächendeckend zur Verfügung  
46 stehen.

47 Bündnis 90/Die Grünen fordern deshalb, den Zugang zum Internet  
48 als Teil der Daseinsvorsorge anzuerkennen. Dies ist eine wichtige  
49 Voraussetzung, um die Breitbandförderung der öffentlichen Hand  
50 nachhaltig ausbauen zu können.

51 Trotz groß angekündigter Strategie "Bayern-Digital" der CSU und  
52 „Digitaler Agenda“ des Bundes und trotz einer großen Zahl an  
53 zuständigen Ministerinnen und Ministern ist diese wichtige  
54 Herausforderung weder bei der CSU noch bei der schwarz-roten  
55 Bundesregierung angekommen. Die ambitionierten Ziele der  
56 Digitalen Agenda des Bundes entsprechen einem geschätzten  
57 Investitionsbedarfs von bundesweit 20 Milliarden Euro, der kaum  
58 finanziell hinterlegt ist. Damit bleibt das Ausbauziel der  
59 Bundesregierung ein Luftschloss.

60 Neben dem Aufbau der Infrastruktur möchten wir aber auch die  
61 Bereitstellung freier Netze durch bürgerschaftliche Initiativen  
62 fördern: Wer seinen Internetanschluss anderen zur Verfügung  
63 stellt, darf keinem unübersehbaren Haftungsrisiko ausgesetzt  
64 werden. Internet stellt per se keine Gefahr dar, daher soll hier  
65 auch keine Störerhaftung gelten. Nur so können Internetanschlüsse  
66 rechtssicher offen geteilt werden. Davon würde das Internet-  
67 Angebot in Deutschland immens profitieren.

## 68 **Wirtschaft 4.0 – den industriellen Kern updaten**

69 Digitalisierung kann über eine wesentlich effizientere Nutzung  
70 von Ressourcen unmittelbar zu einer Ökologisierung der Wirtschaft  
71 beitragen. Sie revolutioniert Kommunikationsprozesse,  
72 Produktionsabläufe und Geschäftsmodelle und bildet die Grundlage  
73 für neue Dienstleistungen von der Maschinenbaufirma zur  
74 Kreativwirtschaft bis zur Logistik. GRÜNE Politik setzt darauf,  
75 Industrie, Handwerk und Mittelstand bei den Herausforderungen auf  
76 dem Weg zur Wirtschaft 4.0 zu unterstützen.

77 Für uns ist die soziale und ökologische Marktwirtschaft mit  
78 fairen Wettbewerbsbedingungen und guter Arbeit auch im Zeitalter  
79 der Digitalisierung Anspruch und Verpflichtung. Zum  
80 Wirtschaftsstandort Deutschland gehören hohe Anforderungen an  
81 Arbeitsschutz, Gesundheitsvorsorge und betriebliche  
82 Mitbestimmung. Digitalisierung darf nicht zum Vorwand werden,  
83 diese Standards zu verwässern. Vielmehr ist es notwendig, die

84 erkämpften Standards zu aktualisieren und an neue Arbeits- und  
85 Organisationsformen anzupassen.

86 Arbeit in der digitalen Gesellschaft wird mobiler, flexibler und  
87 individueller. Die Auswirkungen für die Arbeitnehmer\*innen sind  
88 sehr unterschiedlich. Durch neue Formen globaler Arbeitsteilung  
89 und die Verfügbarkeit rund um die Uhr besteht die Gefahr einer  
90 (Selbst-)Ausbeutung. Andererseits kann moderne Technik auch die  
91 Voraussetzungen zu guter und selbstbestimmter Arbeit schaffen,  
92 indem uns zum Beispiel intelligente Maschinen monotone und  
93 körperlich verschleißende Arbeiten abnehmen. Diesen Spagat gilt  
94 es zu gestalten. Die Potentiale, die sich für eine neue  
95 Zeitpolitik daraus ergeben, wollen wir nutzen und Freiräume für  
96 mehr Zeit für Familie oder Freizeit schaffen.

97 Wo Arbeitsplätze in bestimmten Berufsfeldern verschwinden, setzen  
98 wir auf gute Aus- und Weiterbildungsangebote, um die Betroffenen  
99 im Strukturwandel zu unterstützen. Und auch unsere  
100 Bildungspolitik müssen wir so vorausschauend gestalten, dass  
101 unsere Kinder in den Schulen heute das lernen, was sie für die  
102 digitale und Arbeitswelt von morgen brauchen. Der digitale Wandel  
103 darf unsere Gesellschaft nicht in Gewinner und Verlierer spalten,  
104 vielmehr wollen wir ihn zum Nutzen der gesamten Gesellschaft  
105 gestalten.

106 Neuen Formen des Waren- und Dienstleistungsaustauschs, wie z.B.  
107 die Sharing Economy, bieten große Chancen für wirtschaftliche und  
108 soziale Innovationen, müssen aber mit den Regeln traditionellen  
109 Wirtschaftens überein gebracht werden. Die Umgehung von Sozial-  
110 und Arbeitsstandards wie dem Mindestlohn unter dem Mäntelchen der  
111 Sharing Economy hat mit erfolgreicher Digitalisierung nichts zu  
112 tun und muss bekämpft werden.

113 **Globale Herausforderungen meistern: Standortvorteil nachhaltige**  
114 **Wertschöpfung**

115 Zu einem Standortvorteil im globalen Wettbewerb wird die  
116 Digitalisierung nur, wenn der digitale Wandel auch ein  
117 ökologischer wird. Er muss zu mehr Klimaschutz und mehr  
118 Ressourcenschonung führen. Die Digitalisierung bietet neue, nie  
119 dagewesene Möglichkeiten der Entkopplung von Wohlstand und  
120 Ressourcenverbrauch.

121 Insbesondere aus der Digitalisierung der klassischen Industrie  
122 erwächst die Chance, ökonomischen wie ökologischen Fortschritt zu  
123 verknüpfen. Bessere, weil vernetzte Sensorik zum Beispiel führt  
124 zu passgenauer Steuerung im Produktionsprozess, erhöht damit die  
125 Ressourceneffizienz und senkt den Energieverbrauch. Zugleich  
126 bietet die Digitalisierung hervorragende Möglichkeiten, den  
127 Prozess der Energiewende zu beschleunigen. Dezentrale  
128 Energieerzeugung, -speicherung und -nutzung können über ein  
129 „Energie-Internet“ intelligent gesteuert und aufeinander  
130 abgestimmt werden. Das stärkt die erneuerbaren Energien,

131 vermeidet Energieverschwendung und senkt den Energieverbrauch.  
132 Vernetzte Verkehrsleitsysteme verbessern die Mobilität und  
133 reduzieren gleichzeitig den Bedarf an individueller Mobilität, an  
134 Fahrzeugen, Straßen und zurückzulegenden Kilometern auch im  
135 Gütertransport und Logistikbereich. Digitalisierung wird nur dann  
136 einen positiven Beitrag zum Klimaschutz leisten, wenn der  
137 erforderliche Energiebedarf aus erneuerbaren Energiequellen  
138 gedeckt wird. Dies gilt insbesondere für den Energiebedarf von  
139 Computern und Geräten.

140 Informationstechnologie muss als Green IT selbst nachhaltig  
141 hergestellt und betrieben werden. Und tatsächlich nachhaltig wird  
142 auch die Wirtschaft 4.0 erst dann, wenn die dabei eingesetzten  
143 nicht-nachwachsenden Ressourcen in eine Kreislaufwirtschaft  
144 integriert werden. Erfolge bei der Steigerung der Material-  
145 effizienz allein werden nicht genügen, zu einem nachhaltigen  
146 Umgang mit Ressourcen zu kommen. Wir GRÜNEN wollen den digitalen  
147 Wandel deshalb auf die Basis einer konsequent betriebenen  
148 Energie- und Ressourcenwende stellen und durch eine ambitionierte  
149 Green-IT-Strategie begleiten, die neben dem Energieverbrauch alle  
150 Stoffe entlang der Wertschöpfungskette und auch die vorgelagerten  
151 Produktionsprozesse und das nachgelagerte Recycling in den Blick  
152 nimmt.

153 Für diese Ziele sind gezielte Investitionen in Forschung und  
154 Entwicklung notwendig, sowohl im Bereich Grundlagenforschung als  
155 auch angewandter Forschung zu Schlüsselthemen wie z.B. der IT-  
156 Sicherheit, die Grundvoraussetzung für Erfolg wie auch Akzeptanz  
157 der fortschreitenden Digitalisierung unserer Wirtschaft sein  
158 werden. Staatlich finanzierte Hochschulen und Forschungs-  
159 einrichtungen sollen gleichzeitig dazu angehalten werden, dass  
160 auch hier die Technikfolgenabschätzung immer mitbedacht wird,  
161 offene Standards und Lizenzen benutzt werden um Wissen allgemein  
162 verfügbar zu machen und die gesamtgesellschaftlichen und sozialen  
163 Auswirkungen des Digitalen Wandels von Anfang an Bestandteil der  
164 wissenschaftlichen Betrachtung sind.

#### 165 **Bildung 4.0 – Für Digitalisierungskompetenz von der Schule bis** 166 **zur Weiterbildung**

167 Der Umgang mit digitalen Medien gehört heute selbstverständlich  
168 zur Lebenswirklichkeit unserer Kinder. Es ist die Aufgabe von  
169 Schule und Erziehung, Kinder und Jugendliche zu einem kompetenten  
170 und verantwortungsvollen Umgang mit den digitalen Medien zu  
171 befähigen. Darüber hinaus müssen die Möglichkeiten von digitalen  
172 Medien im Lehr- und Lernprozess genutzt werden. Die schnelle und  
173 nahezu unbegrenzte Verfügbarkeit von Fakten und Informationen  
174 verändert den Alltag und wird langfristig zu neuen Schwerpunkten  
175 bei der Erstellung von Lehrplänen führen und ganz neue  
176 Möglichkeiten der Individualisierung und Differenzierung im  
177 Unterricht eröffnen. Schule kann und darf sich dieser Entwicklung

178 nicht verschließen. Vielmehr müssen moderne didaktische Ansätze  
179 entwickelt werden.

180 Das erfordert eine entsprechende technische Infrastruktur. In  
181 Bayern ist der Nachholbedarf enorm. Nicht einmal die Hälfte der  
182 bayerischen Schulen hat einen Breitbandanschluss mit 6 MBit/s  
183 oder mehr. 1,3 Millionen Schüler\*innen teilen sich etwa 300.000  
184 Computerarbeitsplätze. Diese Zahlen zeigen, wie weit entfernt wir  
185 davon sind, Schüler\*innen in Bayern einen modernen Unterricht  
186 anzubieten, der optimal auf die Lebens- und Arbeitswelt  
187 vorbereitet. Wir fordern deshalb ein Sonderprogramm "Schule  
188 digital", das mit insgesamt 11 Mio. Euro ausgestattet wird. Das  
189 Geld muss für eine flächendeckende Breitbandversorgung der  
190 Schulen bereitgestellt werden. Darüber hinaus muss die technische  
191 Ausstattung der Schulen aus- und aufgebaut werden. Und nicht  
192 zuletzt braucht es Lehrkräfte, die durch kontinuierliche  
193 Fortbildung auf hohem Niveau mit der technischen Entwicklung  
194 Schritt halten und den daraus resultierenden pädagogischen  
195 Ansprüchen gerecht werden können.

196 **Die Digitalisierung mit einer Stärkung der Rechte der**  
197 **Bürger\*innen und der Verbraucher\*innen verbinden**

198 Wir kaufen im Netz ein, kommunizieren dort und lassen uns dort  
199 unterhalten. Ziel der grünen Politik sind mündige  
200 Verbraucher\*innen, die in ihren Rechten im Netz gestärkt werden.  
201 Aufklärungsarbeit, Beratung, Hilfestellung im Umgang mit  
202 digitalen Medien und die Stärkung der Verbraucherzentralen sind  
203 hier wichtige Schritte zur Gleichberechtigung von Angebots- und  
204 Nachfrageseite. Private Datenkraken durchforsten heute ebenso wie  
205 staatliche Stellen unser Leben. Die Bevölkerung ist verunsichert:  
206 „Was ist sicher? Wer weiß was über mich? Kann ich mich frei  
207 äußern?“ Nur durch die Stärkung und Durchsetzung  
208 rechtsstaatlicher Grundsätze kann die Selbstbestimmung garantiert  
209 werden; das ist die Voraussetzung für gesellschaftlichen  
210 Fortschritt und wirtschaftliche Entwicklung. Zur Digitalisierung  
211 gehört es, Datenschutz zeitgemäß weiterzuentwickeln.

212 Durch kluge Regulierung können hier auch Marktchancen entstehen:  
213 Deutsche Unternehmen sind bei der Herstellung von Sicherheit im  
214 Cloud-Computing führend. Wir GRÜNE wollen die Digitalisierung so  
215 gestalten, dass weder „gläserne Menschen“ noch „gläserne  
216 Kund\*innen“ und auch nicht das „gläserne Unternehmen“ entstehen.  
217 Wir wollen Ansätze wie Privacy oder Security by Design fördern  
218 und Anreize setzen, Geschäftsmodelle auf der Basis anonymisierter  
219 Daten aufzubauen. Das geht nicht allein auf nationaler Ebene: Ein  
220 einheitliches EU-Datenschutzrecht ist unersetzlich für eine  
221 sichere, vertrauenswürdige und wettbewerbsfähige IT-Wirtschaft  
222 und IT-Infrastruktur in Deutschland wie auch für die Durchsetzung  
223 der informationellen Selbstbestimmung der Bürger\*innen. Darum  
224 muss nun schnell die neue EU-Datenschutzgrundverordnung vorgelegt  
225 werden. Wir unterstützen den Aufbau regionaler Zentren für

226 Datensicherheit von Privatpersonen und Unternehmen und setzen uns  
227 in Ausschreibungen der öffentlichen Hand für hohe Standards bei  
228 digitalen Rechten, Offenheit von Quellcodes und starke  
229 Verschlüsselungen ein.

### 230 **Nachhaltige Digitalisierung bedarf sozialer Innovationen**

231 Digitalisierung dreht sich nicht nur um „klassische“, den  
232 technischen Fortschritt treibende Innovationen. Sie ermöglicht  
233 durch ihre Vernetzungsleistung auch in besonderem Maße soziale  
234 Innovationen. Mehr verfügbare Daten und deren Vernetzung eröffnen  
235 neue Wege für bürgerschaftliches Engagement und gesellschaft-  
236 liches Miteinander. Die Ökonomie des Teilens und die soziale  
237 Vernetzung werden durch die Digitalisierung gestärkt, vielfach  
238 sogar erst ermöglicht. Staat und Verwaltung müssen vorangehen und  
239 nicht in der Rolle des Bremsers verharren.

240 Die Einführung von E-Government zur elektronischen Abwicklung von  
241 Behördengängen, wie es der Freistaat derzeit plant, ist dabei ein  
242 erster zaghafter Schritt, echtes Open Government bedeutet aber  
243 mehr: Wir fordern deshalb für Bayern ein Transparenzgesetz. Daten  
244 und Informationen sind in der Regel keine Staatsgeheimnisse,  
245 sondern gehören allen Bürger\*innen. Viele bayerische Kommunen  
246 sind hier weiter als die CSU-Regierung und verfügen bereits über  
247 eine Satzung zur Informationsfreiheit. Open Data und mehr  
248 Transparenz stärken die Bürgergesellschaft, weil Verwaltungs-  
249 handeln transparenter wird und umfassende Möglichkeiten der  
250 Beteiligung entstehen können.

251 Internetplattformen und Smartphone-Apps vereinfachen die Ökonomie  
252 des Teilens. Gleichzeitig benötigen wir für Plattform-Angebote  
253 wie soziale Netzwerke, deren Geschäftsmodelle wesentlich von der  
254 Skalierung, also von der Zahl der Nutzer\*innen abhängen, kluge  
255 Regulierung. Die Marktmacht, die von solchen Plattformen ausgehen  
256 kann, ist erheblich. Gleichzeitig stellen sich Datenschutz-  
257 Bedenken, so dass sich hier neue wirtschafts- und  
258 verbraucherschutzpolitische Fragestellungen ergeben, die wir  
259 beantworten müssen.

260 Aus unseren Grünen Werten heraus sind wir der Auffassung, dass  
261 sich der Digitale Wandel genauso politisch gestalten lässt wie  
262 andere komplexe Politikfelder. Was es dazu braucht ist Mut,  
263 Weitblick und die Bereitschaft, sowohl die Chancen der  
264 Digitalisierung nachhaltig zu nutzen als auch Risiken durch  
265 sinnvolle Regulierung zu minimieren.